

Nein zur Militarisierung der EU

Tobias Pflüger zu Gast beim Bezirksverband DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg: Der ehemalige Europaabgeordnete, derzeit Mitglied des Bundesvorstandes der Partei DIE LINKE, referierte und diskutierte über die europapolitischen Positionen der Partei. Im Mittelpunkt standen die Aussagen zur EU-Militärpolitik im Entwurf für ein neues Parteiprogramm.

Da der Programmtext von der letzten NATO-Ratstagung im November geschrieben wurde, regte Tobias Pflüger eine Präzisierung der europapolitischen Aussagen an, um neue Entwicklungen zu berücksichtigen. Die Ratstagung beschloss ein neues strategisches Konzept für die NATO. Als wesentlicher Schwerpunkt wird in dem Papier die neue militär-strategische Zusammenarbeit mit der Europäischen Union bestimmt. Bereits mit dem Europäischen Vertrag wurde die EU zu einem Militärbündnis.

Dies wird in dem jetzt verabschiedeten NATO-Konzept umso deutlicher: Die EU wird in dem Papier als einzigartiger und essentieller militärischer Partner beschrieben. Die NATO sucht mit der EU eine intensive Zusammenarbeit und wechselseitige Zuständigkeit bei zukünftigen militärischen Interventionen. So genannte „Rechtsstaatsmissionen“ sollen eine höhere Bedeutung erfahren. So unterstützte die EU die US-Besatzungspolitik bereits im Irak mit der Entsendung von Richtern. Und in den Kosovo wurden bis zu 2000 Polizisten, Richter, Gefängnisaufseher und Zollbeamte im Rahmen der EU-Rechtsstaatsmission EULEX entsandt, die weit reichende, von der Administration des Kosovo unabhängige Befugnisse, u.a. auch zur Aufstandsbekämpfung, haben und militärisch durch die KFOR-Truppe der NATO abgesichert werden.

Diese zivil-militärische Zusammenarbeit findet unter Maßgabe der Durchsetzung von Wirtschaftsinteressen statt. Dies haben kürzlich die Statements des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler und des „Verteidigungsministers“ Karl-Theodor zu Guttenberg eindrucksvoll bestätigt.

Eine solche zivil-militärische Zusammenarbeit soll nun auch in anderen Ländern zu Einsatz kommen. In diesem Zusammenhang kritisierte Tobias Pflüger die Einflussnahme des gerade geschaffenen Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der mit entsprechendem diplomatischem Personal für die Vertretung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU zuständig ist. Der EAD setze zunehmend Entwicklungshilfeprojekte unter Druck, sich außenpolitischen Vorgaben unterzuordnen. Die Bundestagsfraktion und die Europaabgeordneten der Partei DIE LINKE lehnen daher den EAD als geopolitisches Machtinstrument ab.

Die NATO fordert von der EU die vollständige Umsetzung des Lissabonner Vertrages, in dem EU-Eingreiftruppen (sogenannte Battle Groups) und eine EU-Rüstungsagentur mit Aufrüstungsverpflichtungen der EU-Mitgliedsstaaten festgeschrieben werden.

Diese Verschmelzung zweier aggressiver Militärbündnisse macht deutlich: Die gegenwärtige EU-Außenpolitik stellt keine zivilere Alternative zur Außenpolitik der USA dar. Die Einschätzung im Programmtext, dass die EU eine zunehmend aggressive Außenpolitik verfolgt und wie die USA Teil eines neuen Imperialismus ist, wird auch durch die neueren Entwicklungen eindrucksvoll bestätigt. Aus diesem Grund haben Abgeordnete der Bundestagsfraktion DIE LINKE in einem Diskussionspapier die Forderung nach einer „Neugründung

der EU“ erhoben. Klar ist: DIE LINKE wird sich auch in Zukunft sich humanitär gebärdenden Militärinterventionen, egal unter welchem Kommando, entgegenstellen!

Carsten Schulz

„Grenzkonflikt“

Unruhe um die Nutzung ehemaliger Bahnflächen in der Kreuzberger Eylauer Straße

Am 25.11. war die Aula der Robert-Blum-Schule bei einer Anwohnerversammlung voll. Im Sommer hatte das hiesige Bauamt angekündigt, dass es angrenzend neues Planungsrecht schaffen will. Eine Entwicklergesellschaft steht bereit, einen vollständig geschlossenen Straßenzug, rund 280 Meter lang, 15 Meter tief und fast 30 Meter hoch, vor den Altbestand zu setzen. Das schneidet die Häuser der Eylauer Straße von Luft und Sonne ab. Baustadtrat Krömer und der Vorsitzende des Stadtplanungsausschusses äußerten sich auf der Versammlung reserviert zu dem Projekt. Der Bezirksbürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg lehnte es ab, er hat aber keine „Planungshoheit“. Die Projektvorstellung der Planer klang abenteuerlich. Aber kann man sich auf die Vernunft der Entscheider im Rathaus verlassen? Infos auf <http://www.viktoriakiez.de/>

9. Januar

Liebkecht Luxemburg
DEMO 10 Uhr Frankfurter Tor nach Friedrichsfelde

15. Januar um 12 Uhr
gegenüber vom Café Kranzler, Kudamm Ecke Joachimstalerstr. zur Gedenkstätte Tiergarten

15. Januar 15 Uhr Treffpunkt
Wohnhaus Rosa Luxemburg Cranachstraße 58, Friedenau

59/60 – Kündigung

HochTief
Projektentwicklung
will dort abreißen und einen „hochwertigen“ Neubau errichten (wir berichteten schon öfter).
Problem: Obwohl der Investor schon seit über einem Jahr dabei ist, das Haus zu „entmieten“, wohnen noch 17 Mieter darin. Sie wollen im Kiez bleiben und haben keine Chance, vergleichbare Wohnungen (klein und günstig) in weitem Umkreis zu bekommen. Jetzt erfolgten die Kündigungen zum Mai 2011. Die widerständigen Mieter werden sich mit Rechtsmitteln und Öffentlichkeit dagegen wehren.

Der Bebauungsplan stockt. Zu dreist war auf Park und Bäume zugegriffen sowie eine extrem verdichtete Bebauung vom Baustadtrat befürwortet worden. Nach heftigen Debatten, die von der Bürgerinitiative ausgelöst wurden, kamen wohl doch manchem SPD- und Grünen-Verordneten Bedenken.

Im Dezember ist nun das Abwägungsergebnis zur Öffentlichkeitsbeteiligung B-Planentwurf 7-42 VE Barbarossaplatz (Drs. 1685) vom Bezirksamt vorgelegt worden. Die ungewöhnlich große Anzahl von über 150 Einwänden hat das Amt nun „abgewogen“. Damit wird sich nun wieder der Stadtplanungsausschuss beschäftigen (vermutlich am 12.1.2011).

**Migranten- und Flüchtlingsberatung
Dienstags von 11 bis 13
Uhr mit K.J. Dahler
Beratung und Hilfe zu
ALG II, Dienstags von
13 bis 15 Uhr
in der Roten Insel**

Arbeitsplatzabbau im Bezirk

Mit einer Mündlichen Anfrage wollte sich unser Verordneter Harald Gindra Aufklärung über die gravierenden Veränderungen verschaffen, die durch die Standort-Aufgabe eines mittelständigen Betriebes in Tempelhof zu erwarten sind. Betroffen von dem Umzug von Nextira-One (frühere IT-Sparte von Alcatel) ins benachbarte Bundesland sind 360 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Bezirksbürgermeister Ekkehard Band war überrascht von dieser Entwicklung, da man ihn, trotz regelmäßigem Kontakt im Rahmen wirtschaftsberatender Gespräche, im Unklaren gelassen habe. Die Deutschland-Zentrale des Unternehmens, die 2009 erst nach Berlin kam, geht mutmaßlich u.a. aus steuerlichen Gründen ins benachbarte Teltow. Wie sind solche arbeitnehmerfeindlichen Aktionen innerhalb Deutschlands möglich? Dieses unverantwortliche Handeln trifft wie immer die Werk tätigen, die nur ihre Arbeitskraft verkaufen können. Eine einheitliche Besteuerung und Wegfall von Subventionen in Deutschland und in der EU könnten der Unternehmerwillkür zumindest ein wenig Einhalt gebieten.

Angriff auf Kita-Eigenbetriebe

Dass B.90/Grüne am liebsten alle Einrichtungen, welche noch in kommunaler Verantwortung sind, privatisieren wollen, ist kein Geheimnis, haben sie doch genug Leute in ihrer Klientel, die ihnen

als Lobbyisten vorschwärmen, dass eine freie Trägerschaft die bessere Lösung sei. Um ihre Absichten durchzusetzen, scheuen sie sich auch nicht, gemeinsam mit der CDU ihren Antrag Drs.1627 durchzufechten. Mit dem Sparargument kann man jede (aus Steuergeldern finanzierte) kommunale Einrichtung verschleudern und die unmittelbare Einflussnahme, Fürsorge und Verantwortung fallen lassen. Auf dünnem Eis stehen so nicht nur die 37 Kita-Eigenbetriebe, die neben unserem Bezirk auch Steglitz/Zehlendorf zugehören, sondern die Eigenbetriebe allgemein in Berlin. Mit ihrem Antrag „Auskömmliche Kostenblattfinanzierung gewährleisten“ zielen B.90/Grüne und CDU auf die veränderte Kostenlage, die ein Defizit hat entstehen lassen. Seit Januar 2010 wird nach einer mehrjährigen 10%igen Gehaltskürzung bei den Erzieherinnen und Erziehern nun wieder der normale Tariflohn gezahlt. Dass eine Lösung gefunden werden müsse, verneint auch nicht die SPD, dennoch: Die Kostenblattfinanzierung müsse nicht geändert werden. Jedoch alle Träger bei dieser Finanzierung gleichzusetzen, wäre eine „Lizenz zum Gelddrucken“, so die Verordnete Margrit Zauner (SPD). Der Antrag wurde mit den Stimmen von B.90/Grüne und CDU angenommen und wird an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet. SPD und DIE LINKE sind für den Erhalt der Eigenbetriebe. Eine Lösung, die nachhaltig die Interessen der zu versorgenden Kinder und der Erzieherinnen und Erzieher garantiert, muss noch vor der Wahl 2011 gefunden werden.

Elisabeth Wissel

St. Florian gibt den Schwarzen Peter nach Brandenburg

„Jetzt haben wir den Schwarzen Peter. Der reiche Berliner Süden hat bei den Flugrouten solchen Druck aufgebaut, dass die Maschinen vom [künftigen Großflughafen Berlin Brandenburg International] BBI aus über Brandenburg fliegen“, klagt Rainer Bretschneider (SPD), Staatssekretär des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur. Rot-Rot in Potsdam hat nicht nur den „Schwarzen Peter“, sondern auch die „Bürgerinitiative Weltkulturerbe Potsdam“ am Kabinetttisch. Über Potsdam müssen die Flieger auf jeden Fall brummen, werden Berlin und einige Vororte vor Fluglärm geschützt. „Potsdam kommt vom Regen in die Jauche. Wir zählen jährlich 2,1 Millionen Touristen. Diese Routen werden dieses Standbein abschlagen“, beschwerten sich die „Weltkulturerben“.

Entschieden ist derweil gar nichts. Politprominenz (Klaus Wowereit, Renate Künast) gibt den in der Regel Tausenden Lichtenrader und Mahlower Montagsdemonstranten ein Stelldichein. Der Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg, Ekkehard Band (SPD), hatte dort versprochen, was er bei einer Sitzung der Deutschen Flugsicherheit nicht halten konnte. Die letzte

Entscheidung fällt nämlich das Bundesamt für Flugsicherheit, in Form einer Rechtsverordnung über die Flugrouten des BBI. Alles politische Wortgeklingel dient nur Wahlkampfzwecken. Berlins Regierender Bürgermeister, Klaus Wowereit, gibt selber zu: „Wir bauen keinen Flughafen, damit er wirtschaftlich scheitert.“ Seine SPD ist hochtief mit der Bau- und Flugindustrie verfilzt. DIE LINKE verlangt für das vom rot-roten Senat geforderte „lärmfreie Berlin“ einen „Interessenausgleich“ mit Brandenburg.

Der „reiche Berliner Süden“ hat unterdessen Grund zur Hoffnung. Im „Tagesspiegel“ wurde ein Sicherheitsproblem enthüllt: Die BBI-Maschinen überfliegen in Wannsee das Gelände des Helmholtz-Zentrums. Dort steht nicht nur ein Atomreaktor, es lagert auch schwacher und mittelschwerer radioaktiver Müll auf dem Depot der zuständigen Berliner Landeszentrale. Zynisch heißt es plötzlich seitens der BBI-Holding, die von Tempelhof aus gestarteten Flugzeuge seien „viel dichter“ an dem Reaktor vorbei geflogen.

Thomas Hinrichsen

BVV 15.12.10

LED-Leuchtreklame – Anwohner haben das Nachsehen

Bei einer Bürgeranfrage ging es um die in der Vergangenheit unzulässig starke Lichtwerbung am Gasometer, die Anwohnerinnen und Anwohner besonders in ihrer Nachtruhe störte. Ihre Beschwerden führten zu einer Begutachtung der Leuchtintensität durch das Bezirksamt. Das Ergebnis war eine Empfehlung, die über 60 Prozent zu starke Lichtstärke herabzusetzen. Eine Bürgerin fragte nach einer Amtshaftung, um wenigstens die Beschwerde führenden, namentlich bekannten Anwohnerinnen und Anwohner zu entschädigen. Stadtrat Krömer (CDU) gab zu, dass seine Behörde erst durch die Anwohner-Beschwerden aktiv geworden war, eine Amtshaftung lehnte er jedoch vehement ab. Dafür müsse man sich an den Betreiber des Gasometers wenden. Offen bleibt die Frage, wie eine Behörde diese aggressive Leuchtreklame durchgehen lassen konnte, obwohl der Ärger schon vorprogrammiert war. Die Interessen und auch die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner sind bei Baugenehmigungen aller Art anscheinend sekundär. Der Bürger, die Bürgerin muss dann wieder einmal mehr um seine bzw. ihre Rechte kämpfen.

Notaufnahmелager Marienfelde wieder in Betrieb

Die sehr kurzfristige Entscheidung des Senats, das „Notaufnahmелager Marienfelde“ wieder

in Betrieb zu nehmen, verärgerte nicht nur das Bezirksamt. Über die angeblich mangelnde Informationspolitik des Senats ereiferten sich u. a. auch B.90/Grüne mit ihrer Großen Anfrage (Drs. 1658). Die Reaktion ist zwar verständlich, jedoch ist dem Senat keine Boshaftigkeit zu unterstellen. Er musste schnell handeln und sehr kurzfristig eine Unterbringung für bis zu 700 Asylsuchende finden. Peinlich ist nur, dass die Anwohnerinnen und Anwohner erst über die Abendschau informiert wurden. Der Bezirksbürgermeister lud dann kurzfristig zu einer Einwohnerversammlung am 8.12. ein. Bis Ende 2011 kann Berlin das „Notaufnahmелager“, das von der Infrastruktur her sehr geeignet ist, Flüchtlinge aufzunehmen, nutzen. Dann will der Bund als Eigentümer die Liegenschaft veräußern. Kosten würden dem Bezirk voraussichtlich nicht entstehen.

Völlig überflüssig und menschenverachtend war hingegen der Beitrag eines CDU-Verordneten, der in überzeichnender Form gleich von einer „Flut von Asylantern“ sprach. Er hoffe auf eine Ablehnung der Asylverfahren, da seiner Meinung nach die meisten Asylsuchenden als „Wirtschaftsflüchtlinge“ die gewährten Rechte des Aufnahmelandes missbrauchen würden. Genau vor dieser Art von Hetzkampagne hatte unser Verordneter Harald Gindra in seinem Beitrag unter Anspielung auf die Große Anfrage bereits gewarnt. Mit den ausfallenden Äußerungen des CDU-Verordneten beschäftigte sich dann auch anschließend der einberufene Ältestenrat.

Elisabeth Wissel

Unser Bezirksverordneter



Harald Gindra

Termine nach telefonischer Vereinbarung

Telefon: 01525 45 25 000
Linke.bvv.ts@googlemail.com

Büro und Erreichbarkeit im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Tel: 030/ 90 2 77 48 98

Sprechstunde: Immer Donnerstags 17 - 19 Uhr

Arbeitskreis Kommunales (AKK)

In offener Diskussion, Gäste sind ausdrücklich eingeladen, begleitet der AKK unsere Arbeit in der BVV. Mitglieder, andere kommunal Interessierte und von bezirklichen Entscheidungen Betroffene können auf diese Weise Einfluss auf Vorlagen der BVV nehmen.

AKK-Termine: Neu!

Montag, 10., 17., 31. Januar und 14. Februar 2011, um 19 Uhr jeweils im Rathaus Schöneberg, Raum 2036

Direkte Demokratie

Wir fordern auf, die Einwohnerfragestunde zu jeder monatlichen Bezirksverordnetenversammlung (BVV-Sitzung) zu nutzen. Alle bezirklichen Themen können angesprochen werden. Wir unterstützen gerne dabei.

Interessierte sind ständig eingeladen, auch die Beratungen der Ausschüsse der BVV zu besuchen. Informationen sind bei uns zu erhalten.

Bezirksverordnetenversammlung (BVV)

Die nächste öffentliche BVV-Sitzung findet am Mittwoch, 19 Januar, 17 Uhr im Rathaus Schöneberg, BVV-Saal statt.

DIE LUPE Januar 2011 **3**

Weitere BVV-Vorlagen

November und Dezember 2010

An dieser Stelle wollen wir die Transparenz über die Arbeit in der BVV verbessern. Wir listen stichpunktartig eine Auswahl der behandelten Vorlagen und dessen Beratungsergebnisse auf. (Drs. = Drucksache; BA = Bezirksamt; BE = Beschlussempfehlung; KL = Konsensliste; MzK = Mitteilung zur Kenntnisnahme; FM = Gebäudewirtschaft)

- Perspektivenwerkstatt EKZ Lichtenrade (Drs. 1623 von B'90/Grüne + SPD) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Zahlungsfähigkeit der Kita-Eigenbetriebe sicherstellen (Drs. 1627 von B'90/Grüne + CDU) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Aktionsplan zur UN-Konvention für Menschen mit Behinderung (Drs. 1628 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Erste Maßnahmen zur Haushaltssicherung 2011 (Drs. 1630 von B'90/Grüne) Ergebnis: Ablehnung
- **LED-Netz am Gasometer abbauen** (Drs. 1635 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung (KL)
- Nachteile durch Wohngeldbezug reduzieren (Drs. 1536 BE aus Sozialausschuss – auf Antrag von DIE LINKE) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Am Gesunde Städte-Netzwerk aktiv mitwirken (Drs. 1660 von SPD + CDU + B'90/Grüne) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Sanierung der Schulsporthalle Barbarossaplatz abschließen (Drs. 1662 von CDU) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Planung zur Senkung der Infrastrukturkosten (Drs. 1669 von SPD) Ergebnis: Beschluss (KL)
- Bürger/innenbeteiligung Tempelhofer Feld (Drs. 1670 von B'90/Grüne) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Stadtplanung
- Mobbing an Tempelhof-Schöneberger Schulen (Drs. 1678 von CDU) Ergebnis: Überweisung in Schulausschuss
- Rechtzeitige und umfassende Information – zu Grünflächen (Drs. 1643 BE aus Ausschuss Umwelt, Natur und Verkehr) Ergebnis: Beschluss (mehrheitlich)
- Bildungs- und Kulturentwicklungsplan (Drs. 0493 MzK des BA) Ergebnis: Überweisung in Ausschuss Bildung und Kultur (KL)

Die BVV-Drucksachen sind dokumentiert unter:
<http://www.berlin.de/ba-tempelhof-schoeneberg/bvv-online/allris.net.asp>

DIE LINKE – Motor für öffentliche Daseinsvorsorge und Rekommunalisierung

Nach den Privatisierungswellen der 90er Jahre, die viele deutsche Kommunen ins Chaos stürzten, ist heute ein gegenteiliger Trend erkennbar: Immer mehr Gemeinden debattieren offensiv über die Möglichkeit, privatisierte Eigenbetriebe wieder in kommunalen Besitz zu nehmen. Breite Bevölkerungsschichten haben ihre negativen Erfahrungen mit der Privatisierung von Nahverkehr, Energieversorgern oder, wie in Berlin, von Wasserwerken gemacht. Trotz einiger Startschwierigkeiten in der ersten Periode ihrer Regierungsbeteiligung vor neun Jahren hat sich nunmehr **DIE LINKE** auch in Berlin zur Verteidigerin öffentlicher Unternehmen gegen die Privatisierungsgelüste von Grünen, FDP und CDU entwickelt.

Der Berliner Landesparteitag der LINKEN bilanzierte Ende November im Vorfeld der bevorstehenden Abgeordnetenhauswahl Erfolge in diesem Bereich und auf weiteren politischen Feldern, so z.B.

- die Einführung von Mindestlöhnen bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen,
- Erhalt wichtiger öffentlicher Unternehmen, Stopp weiterer Privatisierungen,
- Schaffung von 140.000 sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen,
- Start der Gemeinschaftsschule als Einstieg in eine Schulreform, die das dreigliedrige Schulsystem überwindet,
- keine Studiengebühren oder Studienkonten in Berlin,
- Beginn des Aufbaus eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen,
- Vermeidung von Zwangsumzügen für Hartz IV Betroffene,
- Verbesserung des Zugangs von Menschen mit Transfereinkommen / Hartz IV zu Kultur, Sport und Bildung mit dem „Berlin-Pass“.
- Die Rechte von Migrantinnen

und Migranten wurden durch das neue Partizipations- und Integrationsgesetz gestärkt.

Zugleich wurden die Herausforderungen der nächsten Jahre skizziert:

Trotz aller Fortschritte existiert in Berlin nach wie vor eine hohe Arbeitslosigkeit. Ein großer Teil der neuen Arbeitsplätze wurde im Leiharbeitssektor geschaffen. Und viele Menschen müssen auch weiterhin in prekären Verhältnissen leben und werden in den Innenstadtbezirken durch explodierende Mieten aus ihrer gewohnten Umgebung verdrängt. **DIE LINKE** will das Problem der steigenden Mieten und der damit einhergehenden sozialräumlichen Spaltung der Stadt zu einem zentralen Wahlkampfthema machen und mit eigenen Vorschlägen Druck entfalten.

DIE LINKE ist die einzige Abgeordnetenhauspartei, die die Stärkung der Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand ernsthaft fordert und die Rekommunalisierung vorantreiben will. Und DIE LINKE ist die einzige Parlamentspartei, die sich einem Kahlschlag der sozialen und kulturellen Infrastruktur Berlins verweigert.

Die Privatisierungsvorstellungen z.B. der Grünen zur S-Bahn und zu weiteren öffentlichen Betrieben lassen einen hingegen gruseln. Unter dem Diktum „Schuldenbremse“ verweigern sich die Grünen dem dringend notwendigen Ausbau öffentlicher Dienstleistungen, von einem wirklichen sozial-ökologischen Umbau der Stadt ganz zu schweigen.

Aber auch **DIE LINKE** kann nur so gut sein, wie sie von den Bürgerinnen und Bürgern außerhalb des Parlaments unterstützt wird.

Deshalb kommen Sie zu unseren Veranstaltungen und werden Sie in der Partei DIE LINKE aktiv und Mitglied! Sie sind uns herzlich willkommen!

Carsten Schulz

Aus der Parteitagsdebatte

Der Landesvorsitzende Klaus Lederer kritisierte die Positionen der Grünen, die z.B. für eine Teilausschreibung und -privatisierung der S-Bahn eintreten und

auch in Sachen Berliner Wasserbetriebe nicht auf ein rekommunalisiertes Eigentum drängen.

Lederer betonte, dass direkte Demokratie, wie sie z.B. in Volksentscheiden zur Geltung kommt, für die Regierenden und damit auch für **DIE LINKE** in Berlin nicht immer bequem sei, und man oft zu Kompromissen kommen müsse. **DIE LINKE** wolle denjenigen Menschen eine Stimme geben, von denen die anderen Parteien keine Stimme mehr erwarten.

Im Bereich des Öffentlichen Dienstes wende sich **DIE LINKE** im Gegensatz zu Rot-Grün gegen die Verlängerung des sogenannten „Solidarpaktes“ mit seinen massiven Lohnbeschränkungen für die Beschäftigten. **Klaus Lederer** stellte klar: Wir sparen nicht in der Krise! Wir stellen uns sowohl in Hessen als auch in Berlin oder anderswo gegen die Verankerung einer „Schuldenbremse“ in die jeweilige Landesverfassung!

Die Bundesvorsitzende Gesine Lötzsch sieht für 2013 Chancen für einen rot-rot-grünen Politikwechsel im Bund, wenn es der **LINKEN** gelingt, zum Motor für einen Politikwechsel zu werden. Es gäbe ermutigende Anzeichen der Zusammenarbeit mit SPD, Grünen und DGB. Die Beteiligten sollten die Chance ergreifen und endlich dem Lobbyismus der Schwarz-Gelben Bundesregierung ein Ende bereiten!

Wirtschaftssenator Harald Wolf betonte die Notwendigkeit der Schaffung guter, angemessen entlohnter Arbeitsplätze und machte damit seine Gegnerschaft zu Renate Künast und den Grünen deutlich, die auch weiterhin Hartz IV und die damit verbundenen 1-Euro-Jobs als Erfolgsbilanz feiern. **DIE LINKE** setze hingegen auf mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, z.B. im Öffentlichen Beschäftigungssektor. Wolf kritisierte die Grünen für deren Ausschreibungs- und Privatisierungsforderungen hinsichtlich der S-Bahn, die auf eine Zerschlagung des öffentlichen Verkehrssystems hinauslaufen. Und er bekräftigte die **Forderung nach einem kommunalen Stadtwerk und nach Rekommunalisierung der Energienetze**, um eine ökologische und sozial gerechte Energiepreispolitik in Berlin durchzusetzen.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion, Gregor Gysi, forderte **DIE LINKE** unter viel Beifall auf, nicht nur einen Korrekturfaktor darzustellen, sondern zum Motor für eine andere gesellschaftliche Entwicklung zu werden. **DIE LINKE** müsse mit klaren
Fortsetzung auf Seite 6

„So kann nicht weitergemacht werden“

DAS ANDERE AFGHANISTAN

Experten-Anhörung zu Afghanistan im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags

Im Vorfeld der für den 28. Januar vorgesehenen Abstimmung des Bundestags über die Verlängerung des Afghanistan-Einsatzes veranstaltete der Auswärtige Ausschuss des Bundestags am 23. November eine Experten-Anhörung. Diesem Ausschuss gehören Abgeordnete aller Bundestagsfraktionen an.

Um das Fazit der Anhörung vorweg zu nehmen: Die Schlussfolgerung aller vier ExpertInnen, die regierungsnahen Forschungsinstitute vertraten, lautete übereinstimmend: So kann nicht weitergemacht werden. Sie zeichneten ein katastrophales Bild von der gegenwärtigen Lage in Afghanistan und forderten Veränderung der Strategien. Dazu verlangten sie, die eigenen Fakten zu analysieren, das geostrategische Umfeld Afghanistans bei der Analyse einzubeziehen und auch der eigenen Arbeit gegenüber kritischer zu sein.

Die afghanische Regierung von Präsident Karzai, von USA und NATO eingesetzt und gestützt, wurde als Hauptproblem beschrieben: unfähig, korrupt und eng mit der Drogenmafia verflochten. Die Vertreterin der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP) brachte das auf den Punkt: „Gäbe es Schulnoten für Präsident Karzais Bemühungen um eine bessere Regierungsführung, so würde er die Note 6 erhalten und hätte das Klassenziel nicht erreicht.“

Weiter kritisierten die ExpertInnen den Einsatz von viel Geld durch die USA, wodurch der Korruption Vorschub geleistet würde. Es fehlten seitens des Westens Anstrengungen, Hilfe zur Selbsthilfe zu fördern und die Finanzmittel bedarfsorientiert und auch für kleinere Projekte zur Verfügung zu stellen.

Die Taliban, die bis ungefähr 2003 nahezu keine Rolle mehr gespielt hatten, gewinnen seitdem stetig an Einfluss, inzwischen kontrollieren sie mehrere Provinzen und werden von den Afghaninnen und Afghanen nicht mehr nur in abgelegenen Regionen akzeptiert. Denn sie sind bereit, für kommunalen Schutz und schnelle Gerichtsbarkeit zu sorgen, und sie werden – man wundere sich – in dem künftigen Parlament vertreten sein. Die kollektive Gleichsetzung von Pashtunen mit den Taliban sei grundsätzlich falsch. Inzwischen rekrutieren sich die Taliban aus den Dörfern aller Regionen. Sie sind im Süden Afghanistans stärker, aber gewinnen nun auch im Norden an Einfluss, in dem es lange keine Taliban gab.

Für den Aufbau funktionierender Verwaltungsstrukturen sei in den vergangenen 10 Jahren ungenügend Hilfe geboten worden. Reformkräfte, außerparlamentarische Bewegungen, z. B. Frauenorganisationen, die es in Afghanistan gibt, sollten daher mehr beachtet und gefördert werden. Sie seien die Voraussetzung für die Herausbildung von politischen Parteien. Begegnungen mit politischen Vertreterinnen und Vertretern Afghanistans seien oft entmutigend, sagte Winfried Nachtwey, einer der Experten; Hoffnung dagegen erwachse aus dem Kontakt mit der afghanischen Bevölkerung, die den Wunsch, selbst Verantwortung zu übernehmen, zum Ausdruck bringt.

Es wird interessant sein, inwieweit die Bundestagsdebatte am 16.12 im Zusammenhang mit dem Fortschrittsbericht der Bundesregierung zu Afghanistan diese Kritik widerspiegelt. Meine unvollständige Zusammenfassung der sehr interessanten Anhörung bestätigt, was Friedensbewegung und die Partei DIE LINKE schon seit Jahren sagen und worauf die Forderung **„Dem Frieden eine Chance – Soldaten raus aus Afghanistan“** beruht.

Was die ExpertInnen nicht artikulierten, was aber für die Gegnerinnen und Gegner des Afghanistankrieges ein wichtiges Argument gegen diesen Krieg ist: Die NATO ist ohne völkerrechtliches Mandat in Afghanistan und hat darum dort nichts zu suchen.

Laura v. Wimmersperg, Moderatorin der Berliner Friedenskoordination

Nachtrag zum Thema Afghanistan

Aus der neuen Afghanistan-Umfrage von ARD, ABC, BBC und Washington Post,

veröffentlicht am 6. 12.20010 im Tagesspiegel:

- Zwei Drittel der afghanischen Bevölkerung stellen dem westlichen Engagement in Afghanistan ein negatives Zeugnis aus.
- Mehr als ein Viertel der Afghanen befürworten Anschläge auf die NATO.
- 55 Prozent der afghanischen Bevölkerung sagen, die ausländischen Truppen sollten im Sommer 2011 oder noch früher das Land verlassen.
- Das Ansehen der Deutschen ist dramatisch gesunken.

Gruppen der Friedenskoordination haben sich auf folgende Aktionen im Vorfeld der Bundestagsabstimmung über die Mandatsverlängerung für Afghanistan geeinigt:

Konferenz der Bundestagsfraktion **DIE LINKE** mit afghanischen Friedenskräften
28. und 29. Januar 2011
Deutscher Bundestag,
Paul-Löbe-Haus, Eingang West
Konrad-Adenauer-Str. 1,
11017 Berlin
Mit den Abgeordneten
Gregor Gysi, Jan van Aken, Heike Hänsel, Luc Jochimsen, Christine Buchholz, Wolfgang Gehrecke und Sevim Dağdelen sowie Malalai Joya, Sayed Yuqub Ibrahim Kambaksh, Tarek Ali, Ulrich Tilgner und weiteren interessanten Gästen
Nach neun Jahren NATO-Intervention ist in Afghanistan kein Frieden in Sicht. Stattdessen eskaliert der Krieg und fordert immer mehr zivile Opfer. Zivilgesellschaftliche Kräfte, die sich für eine demokratische, soziale und friedliche Entwicklung ihres Landes einsetzen, werden zwischen den Fronten zerrieben. Anliegen der Konferenz ist es, solche authentischen Stimmen aus Afghanistan zu hören und einen Dialog von Friedenskräften zu unterstützen. Die Bundestagsfraktion **DIE LINKE** dazu hat engagierte Afghaninnen und Afghanen nach Berlin eingeladen, die oft unter Einsatz ihres Lebens tagtäglich gegen den Krieg und für einen demokratischen Friedensprozess in Afghanistan kämpfen. Programm und Anmeldung online unter: www.linksfraktion.de/termine/andere-afghanistan/ Anmeldung ist auch per Fax möglich unter: 030 227 56544 (bitte Namen und Geburtsdatum angeben)

Fortsetzung auf Seite 6

DIE LUPE Januar 2011

Immer noch 4,1
Millionen Arbeitslose
Zeit zu haldeln statt zu
tricksen
Tatsächliche Arbeits-
losigkeit im Dezem-
ber 2010: **4.137.617**
Offizielle Arbeitslosig-
keit: 3.015.715
Nicht gezählte Arbeits-
lose: 1.121.902
aufgeschlüsselt:
Älter als 58, beziehen
ALG II: circa 367.000
Älter als 58, beziehen
ALG I (§ 428 SGBIII) 247
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsge-
legenheiten): 288.604
Berufliche Weiterbildung:
218.687
Eignungsfeststellungs- und
Trainingsmaßnahmen (z.B.
Bewerbungstraining): 655
Aktivierung und berufliche
Eingliederung (z. B. Ver-
mittlung durch Dritte):
186.929
Beschäftigungszuschuss
(für schwer vermittelbare
Arbeitslose): 25.739
Arbeitsbeschaffungsmaß-
nahmen: 1.828
Kranke Arbeitslose (§126
SGB III): 32.213
Quelle: die-linke.de
*(Bundesagentur für Arbeit-
und Ausbildungsmarkt in
Deutschland, Nov. S. 90)*

Zum Wohnungsmarkt in Schöneberg

Mit Drucksache 1661 hat
DIE LINKE einen Antrag
eingebracht (ging auch in
den Ausschuss), der auf
drei Punkte zielt: 1) Wie
kann der Bezirk erreichen,
einen „angespannten
Wohnungsmarkt“
festzustellen, um dann
Eingriffsmöglichkeiten zu
erlangen? 2) Erhaltung
des verlängerten
Kündigungsschutzes
bei Umwandlung in
Eigentumswohnungen.
3) Eindämmung des
„Ferienwohnung-
Unwesens“, das
Wohnraum dem Markt
entzieht.

Harald

„Zum Wohle der Bevölkerung“

Selbstgerechte schwarz/gelbe Politik – Demokratie, Soziales und Gesundheit bleiben auf der Strecke

Die vielen Wählerinnen und Wähler der
Regierungsparteien wurden mal wieder eines
Besseren belehrt, nämlich dass die so genannten
demokratischen Parteien entschlossen
sind, gegen die Interessen der Mehrheit der
Bevölkerung Politik zu machen. Mit dem
Ende Oktober im Bundestag beschlossenen
„Sparpaket“ von 80 Mrd. Euro bis 2014,
betreibt die Regierungsmehrheit bewusst
den Abbau demokratischer Rechte, indem
sie den Betroffenen das Recht auf eigene
Lebensgestaltung untergräbt. Auf der einen
Seite steht die zunehmende Verarmung vieler
Menschen, die einhergeht mit Ausbeutung
und Ausgrenzung, auf der anderen Seite
die Interessen weniger, denen diese Politik
wirtschaftliche Macht, ungehinderte Kapital-
und Vermögensbildung sichert. In diesem
Zusammenhang muss man die Sparmaßnahmen
verstehen, die nicht ohne die vielen Lobbyisten
aus der Wirtschaft und sonstigen Verbänden so
passgenau für ihre Interessen gezimmert wurden.

Das heißt, dass die Haushalts-, Gesundheits-
und Hartz IV-Beschlüsse vor allem bei den
Bedürftigen sparen. Dieser Abbau von
demokratischer Verantwortung zeigt sich
beispielsweise im Wegfall der Zuschläge
beim Übergang von ALG I auf ALG II und der
Rentenversicherungsbeiträge bei ALG II. Es wird
gespart bei den Wiedereingliederungsmaßnahmen
in den Arbeitsmarkt; Pflichtleistungen
im Sozialgesetzbuch II und III sind zu

Ermessungsleistungen degradiert worden, für
Wohngeldbezieher wurde der Heizkostenzuschuss
gestrichen, und das Elterngeld für Hartz IV-
Bezieher wird auf die bezogene Leistung
angerechnet.

Desweiteren werden über 10.000 Stellen im
öffentlichen Dienst gestrichen und somit bewusst
noch mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit
getrieben. Arbeitslosen ebenso wie prekär
Beschäftigten, LeiharbeiterInnen, RentnerInnen
und Alleinerziehenden, aber auch vielen Familien
werden drastische Einschränkungen in ihrer
Lebensführung aufoktroiert. Zugleich werden
viele Betroffene von der neoliberalen schwarz/
gelben Politik mit Erziehungsmaßnahmen
drangsaliert, die die Menschen demütigen,
verängstigen und abhängig halten. In einem
allgegenwärtigen Klima der Diffamierung und
Kaltschnäuzigkeit gegen über Bedürftigen wird es
immer schwerer, demokratische Rechte, wie sie
einst erkämpft und festgeschrieben wurden, wie
z.B. für den Leistungsbezug, wahrzunehmen.

Der rechte, autoritäre Trend der Herrschenden
forciert ein „weiter so“, jedoch immer mehr
Menschen begreifen, wer ihnen das Leben schwer
und unerträglich macht. Die vielen Proteste, die
es schon gibt, müssen zu einer Flut der Wut auf
die Straße gebracht werden. Manchmal fehlt
ein Tropfen, um das Fass der Zumutungen zum
politischen Generalstreik zu bringen.

Elisabeth Wissel

Fortsetzung von Seite 4

Aus der Parteitage- debatte

Alternativen gegen die herrschende Politik in der
Friedensfrage, in Fragen sozialer Gerechtigkeit
und in Fragen der Demokratie auftreten! Er
erinnerte daran, dass Renate Künast als Mitglied
des damaligen rot-grünen Bundeskabinetts die
beantragte Nothilfe für Berlin ablehnte, was
damals erhebliche soziale Kürzungen in der Stadt
nach sich zog. Dies passe nicht zu dem von ihr
gepflegten Selbstbild als Vorkämpferin für soziale
Gerechtigkeit.

Harald Wolf betonte, dass sich die LINKE
nach den Wahlen nicht um jeden Preis in die
Landesregierung begeben werde. Man werde
möglichen Partnern nur in Augenhöhe begegnen
und für eine Politik der sozialen Gerechtigkeit
eintreten.

Carsten Schulz

Fortsetzung von Seite 5

Nachtrag zum Thema Afghanistan

09. 01. 2011, 10 Uhr im Rahmen
der Liebknecht/Luxemburg-Demo nach
Friedrichsfelde, Frankfurter Tor, Afghanistan-Block
mit eigenen Transparenten

27. 01. 2011, 17 Uhr AMOK – satirische
Demonstration am Vorabend der Abstimmung
Alexander Pl.

28. 01. 2011, 8 Uhr 30 Mahnwache am
Bundestag, Ebert-/Dorotheenstr.

28.-29.1. 2011, Konferenz der Fraktion
die Linke „Das andere Afghanistan“, (siehe
Konferenzbeschreibung auf S. 5)

Lassen-Park 21? – Ein Zwischenruf

Soziale Stadt knapp
bei Kasse



„Grundkonzept der Wegeführung“: Am 1.12.2010 wurde ein Informationsabend zur „Baumaßnahme“ Heinrich-Lassen-Park im Rathaus Schöneberg von **Stadtrat Oliver Schworck** (SPD) vorgestellt. Um die Einwohner einzubeziehen, werden weitere Veranstaltungen folgen. *Fotos: Grace Irazoque*

Die Anwohnenden im Kiez an der Belziger Straße waren überrascht. Als plötzlich Parkverbotsschilder an der Belziger Straße aufgebaut wurden, dachten vielleicht manche an Filmdreharbeiten, die mal wieder anstehen.

Stattdessen rollten Bagger und schwere LKWs in den Lassen-Park. Bäume wurden gefällt, die Hecke zur Belziger Straße niedergedrückt und Erdarbeiten begonnen.

Nun war die Situation im Lassen-Park in der Tat eine, die Arbeiten erforderte. Die riesige Pfütze in der Mitte des Parks, im Winter gern überfroren und eine gefährliche Rutschbahn, war vielen ein Dorn im Auge. Doch statt behutsamer Erneuerung wurden wir Zeugen einer Umgestaltung des Parks, die seinen Charakter verändert.

Der Lassen-Park mit seiner Wiese, die durch eine Hecke von der Belziger Straße geschützt war, war für viele Bewohner_innen des Kiezes und, wie wir mittlerweile wissen, darüber hinaus ein Ruhepunkt in der hektischen Stadt. Hier konnte man im Sommer mit Freunden sitzen und ein wenig entspannen. Der Spielplatz bietet eine Möglichkeit, dass den Kurzen beim Parkaufenthalt nicht langweilig wird. Also alles in allem eine kleine Oase.

Mit der begonnenen Umgestaltung steht das nun in Frage und der Protest der Anwohnenden kommt nicht von ungefähr. Die Pläne dafür wurden im zuständigen Ausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) vorgestellt und besprochen. Dort sitzen CDU, Grüne, SPD in Fraktionsstärke, also in jedem Ausschuss mit Sitz und Stimme. Doch CDU und Grüne taten nach den begonnenen Umbauarbeiten und nach dem

Aufschrei der Bürgerinnen und Bürger gerade so, als hätten sie davon noch nie gehört.

Hier stimmt etwas nicht. Aufgabe von Parteien ist genau die Kommunikation zwischen Gesellschaft und Institutionen, das macht ihren verfassungsmäßigen Auftrag aus. Ich finde, CDU und Grüne stellen sich ein Armutszeugnis aus, wenn sie nun plötzlich mitkriegen, was hier passiert, und einen Baustopp in der BVV beschließen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich war und bin für diesen Baustopp. Er bietet die Möglichkeit, trotz bereits gefällter Bäume und entfernter Hecke genau das zu tun, was im Vorfeld angebracht gewesen wäre: die Bürgerinnen und Bürger in die Planung der Arbeiten einzubeziehen, nach ihren Wünschen zu fragen, in einem offenen und fairen Prozess Interessen abzuwägen und schließlich eine Entscheidung zu treffen.

Dann wären absurde Äußerungen, wie sie der SPD-Stadtrat in die Runde warf, dass es doch gut sei, wenn die Hecke weg komme, das diene einer verbesserten sozialen Kontrolle, schnell vom Tisch. An dieser Stelle habe ich mich wirklich gefragt, in was für einer Stadt ich eigentlich lebe.

Aus meiner Sicht und wahrscheinlich auch aus der Sicht vieler Betroffener sollten das Bezirksamt und die BVV die Zeit nutzen und jetzt den vergessenen oder ignorierten Beteiligungsprozess organisieren. Bürgerinnen und Bürger melden sich zu Wort und wollen ernst genommen werden. Dafür ist es nie zu spät. Als LINKE werden wir dabei an ihrer Seite stehen.

Carsten Schatz

Für das Programm „Soziale Stadt“ stellt der Bund den Ländern und Kommunen künftig nur ein Drittel der bisherigen Mittel zur Verfügung: für „investive Maßnahmen“ in Bau und Straßen. Vielen sozialen und integrativen Projekten, die durch Quartiersmanagement und Quartiersräte initiiert wurden, droht das Aus.

Der Schwerpunkt der Projektarbeit liegt seit Jahren auf der Förderung von nachbarschaftlicher Arbeit in den Bereichen Bildung, Kultur, Sport und Partizipation. Der Berliner Senat steht vor der Herausforderung, die Landesmittel aufzustocken oder die Projekte in die ehrenamtliche Arbeit zu entlassen. Schwarz-Gelb im Bund gibt den „Schwarzen Peter“ an die Länder ab. DIE LINKE will ein „soziales Berlin“, wie der Landesparteitag bekräftigt. Sie kann daher keine weiteren Kompromisse mit der SPD in Sachen Sparen schließen. Die Grünen rufen lautstark nach Fortsetzung des Programms. Sie haben längst vergessen, dass sie mit der Schröder-SPD zusammen die Kapitalsteuern gesenkt und dem Land Berlin zusätzliche Haushaltsmittel verweigert haben. Basisprotest aus den Reihen der betroffenen Projekte gab es wenig. Der Nachteil des Modells Quartiersmanagement à la SPD und Grüne: Es setzt auf Trägervereine als „starke Partner“ statt auf die Selbständigkeit der Menschen und ihrer Quartiersräte.

Thomas Hinrichsen

DIE LUPE Januar 2011 **7**

DIE LINKE.

Tempelhof - Schöneberg-

Bezirksgeschäftsstelle:

Feurigstr. 68,
10827 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo, Di, Do: 11 - 18 Uhr
Fr: 11 - 15 Uhr
Telefon: 21 99 71 40
Fax: 217 29 26
e-Mail: bezirk@die-linke-tempelhof-schoeneberg.de

Termine in der

Roten Insel

Bezirksvorstand

11. und 25. Januar
2011, 19 Uhr

Mitglieder- versammlung

2. Februar 2011

Basisorganisationen:

BO Schöneberg

26. Januar 19 Uhr

BO Tempelhof

Telefonisch erfragen

BO Olivenbaum

1. Montag im Monat
19 Uhr Resonanz Café,
Ebersstrasse

BO Arbeit u. Soziales

31. Januar 19 Uhr

BO Migration und

Antirassismus

20. Januar 19 Uhr

Arbeitskreise:

AKK siehe bitte S. 3

Sondertermine S.2,5

und 6

Inselgespräche 8.1.

um 15 Uhr

LAG Nahverkehr

12.1. um 17 Uhr

Beratung und Hilfe

zu ALG II

je Dienstag 13 Uhr

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Berlin, Klein Alexanderstr.

28, 10178 Berlin

Redaktion: DIE LINKE.

Tempelhof-Schöneberg

Ab 1. Juli 2010 neu!

Konto: 525 607 806

Berliner Bank

BLZ: 100 708 48

Erscheinungsweise: 10-

12x jährlich

Auflage: 1.500 Exempl.

V.i.S.d.P.: Bezirksvor-

stand, Carsten Schulz;

Layout: Grace Irazoque;

Druck: Bunter Hund;

Namentlich gekenn-
zeichnete Artikel geben
die Meinung des Autors
wieder und entsprechen
nicht immer der Meinung
der Redaktion noch des
Bezirksvorstandes.

Redaktionsschluss: 17.

12.2010, Schlussredak-

tion: 23.12. Erschei-

nungstag: 8.01.2011.

Die nächste Ausgabe

erscheint Anfang Februar

2011

Ein Militärobjekt in eine medizinische Hochschule umwandeln – was für eine geniale Idee!

Nach der Hurrikan-Saison 1998 in Lateinamerika unterbreitete die kubanische Regierung den betroffenen Ländern das Angebot, nicht nur Ärzte zu schicken, sondern junge Leute aus diesen Ländern in Kuba zu Medizinern auszubilden. Um diese Idee zu verwirklichen, wurde die kubanische Marineakademie – ein riesiges Militärobjekt am Stadtrand von Havanna – zur „Escuela Latinoamericana de Medicina“ (ELAM – Lateinamerikanische Hochschule für Medizin) umgebaut.

Am 27. Februar 1999, gerade einmal drei Monate nach Ankündigung dieser Idee, trafen die ersten 1.933 Studenten aus 18 lateinamerikanischen Staaten in Kuba ein. Noch vor der offiziellen Eröffnung der Hochschule erweiterte Kuba dieses Ausbildungsangebot für alle Länder, in denen die medizinische Versorgung unzureichend ist, sowie für junge Leute, die in ihrer Heimat nicht die Möglichkeit haben, ein Medizinstudium aufzunehmen – aus finanziellen Gründen, aber auch, weil sie in weit abgelegenen Kommunen mit geringer Infrastruktur leben. Die jungen Ärzte sollen nach der Ausbildung in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort eine nachhaltige medizinische Versorgung mit aufzubauen.

Die Ausbildung an der ELAM dauert sechseinhalb Jahre. Voraussetzung ist das Abitur. Zuerst müssen alle Studenten einen halbjährigen Vorbereitungskurs absolvieren, um die Unterschiede im Ausbildungsniveau der einzelnen Länder auszugleichen. Da für viele Studenten Spanisch nicht die Muttersprache ist, wird für sie in diesem ersten halben Jahr auch ein Sprachkurs angeboten.

Es folgen zwei Jahre Grundausbildung; danach beginnt die Spezialisierung in den Fachbereichen. Die Studenten werden in diesem Ausbildungsabschnitt an insgesamt 21 Fakultäten im ganzen Land unterrichtet. Sie lernen dort zusammen mit kubanischen Studenten. Das Abschlussexamen legen sie dann wieder in der Hauptstadt ab.

Während der Zeit in Havanna wohnen die Studenten auf dem Gelände der ELAM. Das Studium, alle Hilfsmittel für die Ausbildung sowie Unterkunft und Verpflegung zahlt der kubanische Staat. Alle Studenten erhalten einen kubanischen Studentenausweis und genießen die damit verbundenen Vergünstigungen. Sie können außerdem – obwohl sie Ausländer sind – überall in kubanischen Pesos bezahlen. Zu alledem packt Kuba für jeden Studenten noch ein Taschengeld

Wer Kuba unterstützen möchte: Sonderspendenkonto beim Parteivorstand DIE LINKE/Cuba Sí, Nummer:

4382 210 000, Berliner Bank AG, BLZ: 10020000, Verwendungszweck: Kuba muss überleben

von 100 Pesos obendrauf.

Dieses großzügige Ausbildungsangebot Kubas nehmen jedes Jahr auch Studenten aus den USA in Anspruch, die sich zu Hause ein Medizinstudium nicht hätten leisten können. Sie leben und studieren hier unter den gleichen Bedingungen wie ihre Kommilitonen aus der ganzen Welt. Nach ihrer Rückkehr in die USA müssen sie sich – wie alle anderen Auslandsstudenten auch – verschiedenen Prüfungen unterziehen. Besteht der Absolvent diese Prüfung, erhält er eine Empfehlung, mit der er seinen kubanischen Hochschulabschluss staatlich anerkennen lassen kann.

Erstaunlicherweise gibt es bei diesem Verfahren nach US-amerikanischem Recht keinen „Sonderfall Kuba“. Allerdings kosten diese Prüfungen eine Menge Geld. Die ELAM unterhält gute Kontakte zu einer Universität in Kalifornien, die dem Ausbildungsweg der jungen Leute über Kuba sehr positiv gegenübersteht und den Rückkehrern den Berufsstart in den USA erleichtert.

Die gute Medizinausbildung in Kuba hat sich mittlerweile auf der ganzen Welt herumgesprochen. Jedes Jahr absolvieren Studenten aus ca. 50 Ländern diese Ausbildung – aus Afrika, Asien, Ozeanien, aus den USA, dem Nahen Osten und natürlich aus Lateinamerika und der Karibik.

Schon 8.500 Mediziner haben den Abschluss der „Escuela Latinoamericana de Medicina“ in der Tasche. In Kuba diskutiert man gegenwärtig die Möglichkeit, in einigen Ländern medizinische Hochschulen nach dem Vorbild der ELAM aufzubauen.

Gemeinsam mit einer über 400 Mann starken kubanischen Ärztebrigade helfen derzeit 51 graduierte Ärzte der ELAM aus verschiedenen Ländern in Haiti. Schon lange bevor dieses Land durch Erdbeben und Cholera in die Schlagzeilen gekommen ist, haben sie dort in vielen Gemeinden die medizinische Grundversorgung aufrechterhalten. Heute sind die von ihnen geschaffenen Strukturen Anlaufpunkt für viele Helfer aus anderen Ländern.

Lourdes Castellanos Arencibia, stellvertretende Direktorin für internationale Beziehungen an der Hochschule, erklärt die Grundidee der ELAM so: „Es ist ein Prinzip der kubanischen Revolution, das Wenige, das man hat, mit anderen zu teilen und denen zu helfen, die noch ärmer sind. Wir schicken Menschen in viele Länder der Welt, um Leben zu retten, während die reichen Länder des Nordens ihre Politik mit immer mehr Soldaten, mit Gewalt und Krieg durchsetzen wollen.“

Jörg Rückmann, AG Cuba Sí